

Andreas Ufen

# **Timor Lorosa'e – Die schwierige Geburt eines neuen Staates**

**Ost-Timor ist nach Jahrhunderten langer Fremdherrschaft seit einigen Wochen unabhängig. 1975 wurde die Inselhälfte von Indonesien als 27. Provinz annektiert. Dieser Überfall und die sich anschließende Schreckensherrschaft fanden international kaum Beachtung. Erst nach dem Ende Suhartos konnte sich Ost-Timor – diesmal mit starker internationaler Unterstützung – mittels eines Referendums von Indonesien lossagen. Nach den Massakern des Jahres 1999 übernahmen aber zunächst die Vereinten Nationen die Verwaltung des Landes. In den kommenden Jahren muss der noch vollkommen unentwickelte Zwerghaat demokratische Institutionen schaffen und mithilfe der zu erwartenden Erdöleinnahmen eine neue Infrastruktur aufbauen.**

Seit dem 20. Mai 2002 ist Ost-Timor oder Timor Lorosa'e (in der Landessprache Tetum: „Land der aufgehenden Sonne“) unabhängig. Es ist eines der kleinsten und gegenwärtig noch ärmsten Länder der Welt, aber umfangreiche Erdgas- und Erdölvorräte in der Timor-See könnten in einigen Jahren das Pro-Kopf-Einkommen erheblich steigen lassen. Das Land muss vollkommen neu aufgebaut werden, gleichzeitig muss die ost-timoresische Nation erst noch geschaffen werden, denn über Jahrhunderte bestimmten Fremdherrscher die Geschicke auf der kleinen Insel.

Schon im 16. Jahrhundert begannen Portugiesen, Sandelholz aus Timor zu exportieren.<sup>1)</sup> Das Eiland wurde in der Folge immer mehr in das portugiesische Kolonialreich integriert. Dabei entstand eine Rivalität mit den Niederländern, die im 19. Jahrhundert zur Aufteilung der Insel in einen westlichen, niederländischen und in einen östlichen, portugiesischen Teil führte. Zwar kam es 1895 bis 1912 in ganz Ost-Timor zu Aufständen, aber insgesamt gab es bis 1942 kaum Widerstand gegen die portugiesische Kolonialherrschaft. Auch eine nationalistische Bewegung entwickelte sich nur in bescheidenen Ansätzen. 1942 landete eine 15 000 Mann starke Truppe von Japanern auf der Insel und tötete bei den anschließenden Kampfhandlungen etwa 40 000 Ost-Timorensen. Im September 1945, nach der japanischen Kapitulation, kehrten die Portugiesen zurück.

Während West-Timor wieder indonesisch wurde, erklärte Portugal 1951 Ost-Timor zur Überseepro-

vinz. Erst 1959 kam es wieder zu Widerstandsaktionen, diesmal in der Region von Viqueque. Sie wurden zwar niedergeschlagen, aber sie bewirkten einige Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur.

Erst 1974 wurden oppositionelle Bewegungen in Ost-Timor wieder mobilisiert, als in Portugal bei der „Nelkenrevolution“ im April 1974 das Caetano-Regime gestürzt wurde. Der Revolutionsrat unter Spínola erklärte sich bereit, die Kolonien aufzugeben. Danach bildeten sich mehrere politische Parteien in Ost-Timor:

- die auf eine Unabhängigkeit dringende „Sozialdemokratische Assoziation Timors“ (ASDT Associação Social Democrática Timorense), die sich im September 1974 in Fretilin (Frente Revolucionária do Timor Leste Independente), also „Revolutionäre Front für ein unabhängiges Ost-Timor“, umbenannte;
- die eine Föderation mit Portugal befürwortende „Demokratische Union Timors“ (UDT União Democrática Timorense) und
- die proindonesische „Demokratische Volksassoziation der Timoresen“ (Apodeti = Associação Populár Democrática Timorense).

Die Fretilin war besonders populär bei jüngeren Ost-Timoresen und gewann die Unterstützung mittlerer Kolonialbeamter. Sie befürwortete Programme zur Alphabetisierung, zur Förderung der Landwirtschaft sowie zum Aufbau eines entwickelten Gesundheitssystems und erstrebte eine volle politische Partizipation der Ost-Timoresen. Die UDT trat anfänglich für die Selbstbestimmung des Landes und eine Föderation mit Portugal ein, wurde von traditionellen Eliten und Beamten der Kolonialadministration unterstützt und war zu Beginn sehr populär. Apodeti befürwortete eine Integration Ost-Timors in die Republik Indonesien und hatte relativ wenig Rückhalt in der Bevölkerung.<sup>2)</sup>

Im Januar 1975 bildeten die UDT und die Fretilin eine Koalitionsregierung. Im Mai fanden in den Dörfern – unter Aufsicht der Kolonialverwaltung – Wahlen statt, bei denen die Fretilin 55 Prozent, die UDT 40 Prozent und Apodeti fünf Prozent der Stimmen erhielten. Die konservativen UDT-Kräfte und der linke Fretilin-Flügel brachten die Koalition aber schließlich zum Scheitern. Gespräche in Macau über

1) Wesentlich ausführlicher zum Folgenden: Ufen, A.: „Der lange Weg Ost-Timors zur Unabhängigkeit (1974–2002)“, in: *Südostasien aktuell*, 3/2002.

2) Schwarz, A. (1994): *A Nation in Waiting: Indonesia in the 1990s*; Sydney; S.200.

die Dekolonisation wurden von der Fretilin boykottiert. Trotzdem wurde die Abhaltung von Wahlen für den Oktober 1976 vorgeschlagen.

Am 10. August 1975 putschte die UDT. Sie wollte angeblich dem linken Fretilin-Flügel mit diesem Putsch zuvorkommen. Der UDT-Flügel um Lopez da Cruz könnte dabei von ABRI (Angkatan Bersenjata Republik Indonesia = Streitkräfte der Republik Indonesien) unterstützt worden sein. Wenige Tage später konnte die Fretilin die Putschisten überwältigen, den Großteil der timoresischen Kolonialtruppen für sich gewinnen und eine große Zahl von Waffen aus den Kasernen erbeuten. In den folgenden Wochen zogen sich die Kolonialverwaltung und die Kolonialarmee zurück, und die Fretilin konnte in den sich anschließenden Kämpfen mit der UDT und Apodeti Ost-Timor unter ihre Kontrolle bringen. Die Fretilin errichtete nicht – wie von Indonesien immer wieder behauptet wurde – ein Gräuelregime, sondern bemühte sich, unterstützt von den meisten Ost-Timorensen, eine effiziente Verwaltung aufzubauen. Während dieser Zeit bereiteten indonesische Truppen bereits eine Invasion vor.

Am 28. November 1975 erklärten schließlich Angehörige der Fretilin die Unabhängigkeit Ost-Timors. Die indonesische Regimekoalition fürchtete die Entstehung einer demokratischen oder gar sozialistischen Enklave inmitten des Archipels und entschloss sich zur militärischen Offensive, die diplomatisch gut vorbereitet worden war.

## ■ Invasion und Besatzung durch Indonesien

Am 7. Dezember 1975 begann die Invasion Ost-Timors durch indonesische Truppen, die so genannte Operasi Komodo.<sup>3)</sup> Die Gruppe um Geheimdienst-Chef Murtopo nahm an, dass die militärische Operation nach wenigen Wochen erfolgreich abgeschlossen sein würde. Diese Einschätzung stellte sich im Laufe der nächsten Monate und Jahre als einer der schwersten und folgenreichsten Fehler heraus.

Indonesien begründete die Invasion damit, dass indonesische „Freiwillige“ von den Ost-Timorensen um Unterstützung gebeten worden seien. Später wurde die „Integration“ durch den Beschluss des von Jakarta zusammengesetzten und kontrollierten Pro-

3) Lowry, R. (1996): *The Armed Forces of Indonesia*; St. Leonards, Australien; S.151ff; Cox, S./Carey, P. (1995): *Generations of Resistance – East Timor*; London und New York; S.15ff; Taylor, J.G. (1991): *Indonesia's Forgotten War*; London [u.a.]; S.68ff; Gusmão, X. (1999): „Timor Loro Sae, Perspektif dan Perjuangannya“, in: AJI-FORUM ASIA (Hg.): *Indonesia Pasca-Suharto*; Jakarta; S.98–106.

vinzparlamente von Ost-Timor bestätigt, und im Juli 1976 wurde Ost-Timor offiziell zur 27. Provinz Indonesiens. Das indonesische Militär schlug von Anfang an mit aller Härte zu. In den ersten Jahren setzten sich die heftigen Gefechte fort, und erst 1977 brachte ABRI die Fretilin-Kämpfer einigermaßen unter Kontrolle.

Bis Anfang der achtziger Jahre büßte die Fretilin ihre Schlagkraft weitgehend ein. Sie konnte niemals ganz bezwungen werden, auch wenn sie in den letzten Jahren nur noch aus einigen Hundert Mann bestanden haben durfte. Die Front schlug seit 1981 unter Kay Rala „Xanana“ Gusmão einen gemäßigteren Kurs ein. Gusmão war es auch, der 1988 die Gründung des „Nationalrates für den Maubere-Widerstand“, CNRM (Conselho Nacional de Resistência Maubere), initiierte. Der CNRM, der einen eigenen Friedensplan ausarbeitete, war ein Dachverband der gegen die Annexion arbeitenden Gruppen, der von José Ramos-Horta<sup>4)</sup> repräsentiert und von Gusmão angeführt wurde.<sup>5)</sup>

Seit Ende der achtziger Jahre standen also nicht mehr die Fretilin-Guerilleros im Zentrum des Kampfes gegen die Integration.<sup>6)</sup> Vielmehr gewannen die international beachteten Vermittlungsversuche des CNRM sowie der katholischen Kirche, repräsentiert durch Bischof Belo<sup>7)</sup>, an Bedeutung. Gleichzeitig formierte sich eine neuartige Studentenbewegung.

Wegen der veränderten weltpolitischen Lage mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes und aufgrund des zunehmenden zivilen Widerstandes der Timoresen, der von transnational agierenden NGOs unterstützt wurde, geriet die indonesische Regierung in den neunziger Jahren stärker unter Druck. Sie reagierte mit einer vorsichtigen Liberalisierungspolitik, die sich u.a. in der Gründung des KomnasHAM (Komite Nasional Hak Asasi Manusia = Nationales Menschenrechtskomitee) nach Bekanntwerden des Dili-Massakers<sup>8)</sup> manifestierte.

Trotzdem war die Regierung Suharto nie zu ernsthaften Gesprächen über den Status von Ost-Timor bereit. Vielmehr breiteten die indonesischen Streitkräfte bis zuletzt das gesamte Schreckensarsenal der modernen Militärdiktatur aus. Insgesamt starben mindestens 100000, vielleicht sogar über 200000 Ost-Timoresen an den Folgen der Besetzung, d.h. entwe-

4) *Ramos-Horta* war außenpolitischer Sprecher der Fretilin und kurze Zeit Informations- und Außenminister. Er verließ Ost-Timor schon bald nach der Invasion und arbeitete von da an auf diplomatischer Ebene und in Verbindung mit NGOs für die Selbstbestimmung Ost-Timors.

5) Xanana wurde im November 1992 festgenommen und in *incommunicado*-Haft gehalten. Die zunächst verhängte lebenslängliche Gefängnisstrafe wurde von Suharto auf 20 Jahre reduziert.

6) Ludwig, K. (1996): „Ein planmäßiger Völkermord: Das Schicksal Osttimors nach dem Ende der Kolonialzeit“; in: ders. (Hg.): *Osttimor – Der zwanzigjährige Krieg*; Reinbek bei Hamburg; S.33–59; Lowry 1996, 151ff.

7) *Carlos Filipe Ximenes Belo* studierte und arbeitete seit 1968 in Portugal und im Vatikan. 1983 wurde er apostolischer Administrator von Ost-Timor. 1988 erfolgte seine Ernennung zum Bischof der verwaisten italienischen Diözese Lorium. Er wurde in den achtziger Jahren zu einem der prominentesten Kritiker der indonesischen Ost-Timor-Politik und zu einem Idol der Integrationsgegner. 1996 bekam er zusammen mit Ramos-Horta den Friedensnobelpreis.

8) 1991 schossen in Dili, Ost-Timor, Sicherheitskräfte auf friedliche Demonstranten. Der Vorfall, bei dem mindestens 200 Menschen ums Leben kamen, stellte das Militärregime weltweit bloß.

- 9) 1994 erklärte der neu ernannte Jakarta-freundliche Gouverneur Abílio Osorio Soares gegenüber dem *Sydney Morning Herald*, dass in Ost-Timor seit 1975 etwa 200 000 Menschen umgekommen seien.
- 10) Zu folgendem Abschnitt vgl.: Ufen, A. (2002): *Herrschaftsfiguration und Demokratisierung in Indonesien (1965-2000)*; Hamburg; Kap.6.
- 11) *Tapol Bulletin*, Juli 1998, 20f, und *Far Eastern Economic Review*, 6.8. 1998.

der im Gefecht, an Krankheiten oder an Hunger wegen der Umsiedlungen und der Ernteausfälle.<sup>9)</sup>

Innerhalb der politischen und militärischen Elite Jakartas war man sich weitgehend darin einig, dass die 27. Provinz Teil der Republik Indonesien bleiben müsse. Erst nach dem Sturz Suhartos im Mai 1998 änderte sich das schlagartig.<sup>10)</sup>

### ■ Der plötzliche Kurswechsel Habibies

Durch die Ablösung Suhartos in Indonesien gewannen prodemokratische Gruppierungen an Einfluss. Aber vor allem ausländische Regierungen und internationale Organisationen, die selbst wiederum von starken NGO-Netzwerken angetrieben wurden, forderten den neuen Präsidenten zum Handeln auf.

Durch die Asienkrise war die Abhängigkeit Indonesiens von der Unterstützung internationaler Kapitalgeber und ausländischer Investoren ungeheuer groß. Wahrscheinlich deshalb stellte der neue Präsident Habibie der Provinz Ost-Timor kurz nach seiner Amtsübernahme einen Sonderstatus in Aussicht. Dieses etwas vage formulierte Angebot wurde von Bischof Belo und von ost-timoresischen Widerstandskämpfern zurückgewiesen.<sup>11)</sup>

Sehr überraschend kam dann Ende Januar 1999 eine weitere Initiative Habibies. Erstmals erklärte er, dass Ost-Timor zu einem eigenständigen Staat werden könne, wenn sich die ost-timoresische Bevölkerung gegen das Autonomieangebot aussprechen und der Volkskongress MPR einer Abtrennung Ost-Timors von Indonesien zustimmen würde. Das war eine jähre Kehrtwendung in der über 23-jährigen indonesischen Ost-Timor-Politik. Am 11.3.1999 gab Außenminister Ali Alatas schließlich sogar bei UN-Gesprächen in New York seine nicht an Bedingungen geknüpfte Zustimmung zu einer Volksbefragung in Ost-Timor. Zwar zog die indonesische Regierung weiterhin den Status einer Sonderautonomie vor, doch wegen der Haltung vieler Ost-Timorensen war Indonesien auch zu einem völligen Verzicht auf diesen Inselteil bereit.

Am 5. Mai unterzeichneten die UN, Indonesien und Portugal ein Abkommen, demzufolge ein Referendum über die Unabhängigkeit bzw. Autonomie abgehalten werden sollte. Am 11. Juni wurde die UN-

AMET (UN Assistance Mission in East Timor) auf der Basis der Resolution 1246 (1999) eingerichtet und mit der Durchführung des Referendums beauftragt.<sup>12)</sup> Das indonesische Militär sollte bis zur Entscheidung des indonesischen Parlamentes über die endgültige Souveränität Ost-Timors (bei einem entsprechenden Ergebnis des Referendums) für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen. Die Einfügung dieser Klausel erwies sich später als diplomatische Fehlentscheidung.

Die indonesische Regierung wollte sich nur auf eine schnelle Ablösung Ost-Timors aus dem Staatsverband einlassen und lehnte eine längere Übergangslösung kategorisch ab. Während Habibie letztlich die Eigenständigkeit Ost-Timors auch als eine Erleichterung seiner weiteren Arbeit ansah, betrachteten viele Militärs, die ja auf dem Inselteil ein Schreckensregime errichtet hatten, die Zeit nach der Unabhängigkeit Ost-Timors mit wachsender Unruhe. Deshalb wurden – mit Unterstützung von Teilen der Armee – paramilitärische Verbände auf der Insel ausgerüstet, deren Aufgabe es war, Gewalt zu schüren und für eine allgemeine Destabilisierung zu sorgen.<sup>13)</sup>

### ■ Das Referendum vom 30.8.1999 und die Massaker

Ursprünglich hatte das Referendum am 28. Juli stattfinden sollen, wegen der prekären Sicherheitslage sah sich der UN-Generalsekretär aber veranlasst, die Abstimmung auf den 30. August zu verschieben.<sup>14)</sup> 98,6 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich an dem Referendum, und 78,5 Prozent der Wähler entschieden sich für die Unabhängigkeit. Die Volksabstimmung und die Auszählung der Stimmen in den folgenden Tagen verliefen noch weitgehend ruhig. Aber nach Bekanntgabe des Endergebnisses begann eine Orgie der Gewalt. Paramilitärische Banden übernahmen die Kontrolle in weiten Teilen der Insel. Bei Massakern kamen mindestens 1000 Menschen ums Leben, Hunderttausende flüchteten. Auch ausländische Journalisten und UN-Mitarbeiter wurden angegriffen. Selbst in West-Timor waren die vom Hungertod bedrohten Flüchtlinge den paramilitärischen Verbänden ausgeliefert. Obwohl die indonesische Regierung die Truppenpräsenz verstärkte (etwa 15 000 Sicherheitskräfte sollen zuletzt in Ost-Timor gewesen sein), wurden die Milizen nicht an den Metzeleien gehin-

12) Die Mission bestand u.a. aus 280 Polizisten, die die indonesische Polizei beraten, und aus 50 Verbindungsoffizieren, die mit dem indonesischen Militär kooperieren sollten.

13) *Tempo*, 3.5.1999; *Gamma*, 25.4.1999. Zu diesen Milizen gehörten Organisationen mit martialischen Selbstbezeichnungen wie Aitarak („Dorn“), Besi Merah Putih („Rot-weißes Eisen“), Hali-lintar („Donner“), Laskar Merah Putih („Rot-weiße Miliz“), Mahidi (Mati atau Hidup untuk Integrasи = „Tod oder Leben für die Integration“) und Naga Merah („Roter Drachen“). Vgl. auch das Themenheft vom: *Bulletin of Concerned Asian Scholars: East Timor, Indonesia, and the World Community: Resistance, Repression, and Responsibility*; Vol.32, Nos.1 and 2, January-June 2000.

14) S.543-554; Machetzki, R. (1999): „Ost-Timor: Im Banne der Ungewissheit“, in: *Südostasien aktuell*, 1/00, S.60-63; Lowry, B. (2000): „East Timor: An Overview of Political Developments“, in: Manning, C./van Diermen, P. (Hg.): *Indonesia in transition: social aspects of reformasi and crisis*; Singapore; S.91-108; Cotton, J. (2000): „The Emergence of an Independent East Timor: National and Regional Challenges“, in: *Contemporary Southeast Asia*, Vol.22, No.1, April, S.1-22.

- 15) James Dunn (2001): *Crimes Against Humanity in East Timor, January to October 1999. Their Nature and Causes*, <http://www.etan.org/news/2001a/dunn1.htm>, gelesen am 22.5.2002.
- 16) Im Februar 2000 übergab die InterFET das militärische Kommando an die United Nations Peacekeeping Force.

dert. Teile der indonesischen Streitkräfte arbeiteten offen mit den Milizionären zusammen.<sup>15)</sup>

Portugal ließ eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates einberufen und verlangte den Einsatz bewaffneter UN-Truppen. Indonesiens Außenminister Ali Alatas gab unterdessen den Vereinten Nationen die Schuld für die Eskalation, da sie Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei der Abstimmung nicht zur Kenntnis genommen hätten. Am 7. September verhängte die indonesische Regierung das Kriegsrecht über Ost-Timor. Am selben Tag forderten Bischof Belo und der inzwischen aus der Haft entlassene Gusmão den Einsatz einer internationalen Friedenstruppe. Erst nach erheblichem internationalen Druck waren Habibie und der Kommandeur der indonesischen Streitkräfte, Wiranto, bereit, eine solche Friedenstruppe unter australischer Führung und mit starkem asiatischem Anteil zuzulassen. Dili war zu diesem Zeitpunkt völlig verwaist, viele Häuser und Geschäfte waren ausgeplündert und zerstört.

## ■ Die UNTAET

Am 20. September landeten die ersten InterFET (International Force for East Timor)-Soldaten in Dili. Am 25. Oktober richtete der Sicherheitsrat der UN die United Nations Transitional Administration in East Timor (UNTAET) ein. Sie sollte in der Übergangsphase bis zur Erlangung der staatlichen Souveränität Ost-Timors in einer „integrierten, multidimensionalen Operation zur Friedenserhaltung“ von einer Polizeieinheit und von Blauhelmen unterstützt werden. Außerdem wurden Ressourcen zur humanitären Hilfe und zum Wiederaufbau des Landes zur Verfügung gestellt. Bei einem Treffen der internationalen Geber in Tokio im Dezember 1999 wurden Finanzhilfen im Umfang von 520 Millionen US-Dollar versprochen. Die Übergangsverwaltung hatte den Auftrag, das zerstörte und unterentwickelte Land in kurzer Zeit wieder aufzubauen und – gegen den Widerstand der Milizen – die Unabhängigkeit Ost-Timors vorzubereiten. Nachdem die indonesische Regierung dem Einsatz einer internationalen Eingreiftruppe zugestimmt hatte, konnten die InterFET und im Anschluss die Peacekeeping Force relativ schnell die Lage beruhigen.<sup>16)</sup>

UNTAET hatte darüber hinaus sämtliche Aufgaben einer ordentlich gewählten Regierung zu übernehmen. Die Verantwortung reichte von der Beaufsichtigung und vom Aufbau des Bildungssystems, der Gesundheitsversorgung, der Infrastruktur, des Justizapparates und der öffentlichen Verwaltung bis hin zu Aufgaben der inneren und äußeren Sicherheit.

Zu diesem Zeitpunkt war die Infrastruktur des Landes bereits weitgehend zerstört, und vor allem waren schon mehrere Hunderttausend Einwohner in die Berge oder über die Grenze nach West-Timor geflohen. Viele von ihnen waren von den Milizen vertrieben worden. Eine der größten Herausforderungen für die UNTAET war die Versorgung und Reintegration dieser Flüchtlinge. Etwa 250000 hatten Schutz in west-timoresischen Lagern gesucht, von wo aus die meisten nach und nach in ihre Heimat zurückkehrten. Weitere 300000 Menschen hatten sich aus den Städten in die Berge geflüchtet – sie machten sich schon kurz nach Ankunft der InterFET wieder auf den Heimweg. Bei der Bewältigung dieses Flüchtlingsproblems war die Bilanz der UN und der Hilfsorganisationen insgesamt recht gut.<sup>17)</sup>

Ende März 2002 arbeiteten für die UNTAET 6281 Soldaten, 1288 Polizisten, 118 Militärbeobachter, 737 internationale, zivile Mitarbeiter sowie 1745 zivile, ost-timoresische Mitarbeiter. Vor allem in der Hauptstadt Dili bauten diese UN-Kräfte bald eine eigene Infrastruktur aus relativ komfortablen Unterkünften, Restaurants, Bars, Supermärkten etc. auf. Fahrzeuge mit dem UN-Logo prägten das Stadtbild, und die internationalen UN-Mitarbeiter führten der einheimischen Bevölkerung die eklatanten Einkommensunterschiede vor Augen. In der Transitionsphase sorgten dieser Reichtum und die mangelnde Einbindung der Bevölkerung in die wesentlichen Entscheidungsprozesse sowie die tägliche administrative Arbeit der UN-Verwaltung für einigen Unmut.

UNTAET war eine Regierung, die sich nicht auf eine Verfassung stützte, sondern Dekrete verfügte. Der UNTAET-Chef, der Brasilianer Sergio Vieira de Mello, war „Special Representative of the UN Secretary-General and Transitional Administrator“ und demnach Kofi Annan unterstellt. De Mello bemühte sich, zumindest die politischen Führer Ost-Timors einzubinden. Die UNTAET richtete den National

17) *La'o Hamutuk Bulletin*, Vol.1, No.2 und Vol.1, No.4.

Consultative Council (NCC) ein – einen Rat, der aus elf Ost-Timoresen und vier UNTAET-Mitarbeitern bestand. Der NCC sollte bei wichtigen Fragen konsultiert werden. Im Juli 2000 schuf sie die East Timor Transitional Administration (ETTA). Von den neun Ministern der ETTA waren fünf Ost-Timoresen. Die UNTAET ernannte die Kabinetts- und Ratsmitglieder in Abstimmung mit dem CNRT (Conselho Nacional da Resistência Timorense = Nationalrat des Timoresischen Widerstandes). Der CNRT war eine Dachorganisation der am Widerstand beteiligten Gruppierungen. Er wurde bis zu seiner Auflösung im Juni 2001 von Gusmão und Ramos-Horta geführt. Auf nationalen und Distriktkongressen konnte dort über die weitere politische Zukunft Ost-Timors diskutiert werden. In einzelnen Kommissionen wurden Empfehlungen ausgearbeitet.

Im Oktober 2000 wurde der National Council (NC) geschaffen. Er löste den NCC ab und war der Vorläufer des heutigen Parlamentes.<sup>18)</sup> Von den 36 Mitgliedern gehörten 13 politischen Parteien und sieben zivilgesellschaftlichen Organisationen an. Weitere 13 bzw. drei repräsentierten die Distrikte bzw. religiöse Gruppen. Dem National Council gehörten nur noch Ost-Timoresen an, allerdings waren sie nicht durch Wahlen legitimiert und erfüllten lediglich beratende Funktionen. Er wurde im Juli 2001 aufgelöst. Erst durch die Abstimmung im August 2001 entstand ein genuines Parlament.

### **■ Von den Parlamentswahlen bis zur Unabhängigkeit**

Am 30. August 2001 fanden die ersten freien nationalen Wahlen in Ost-Timor seit dem Mai 1975 statt. Diese Parlamentswahlen waren nach dem Referendum vom August 1999 die wichtigste Station auf dem Weg zur Unabhängigkeit.<sup>19)</sup> Insgesamt wurden 16 Parteien und über 1100 Kandidaten zugelassen. Der CNRT initiierte den Abschluss eines Nationalen Einheitspaktes, der im Juli von 14 der 16 Parteien unterzeichnet wurde. In dem Pakt verpflichteten diese sich, auf Gewalt zu verzichten und die Wahlergebnisse anzuerkennen. Mehrere der Parteien agitierten weiterhin gegen die staatliche Unabhängigkeit, von ihnen gelangten aber nur die PNT und die PPT ins Parlament (siehe Tab.1). Die weit überwiegende An-

18) Siehe: <http://www.un.org/peace/etimor/UntaetB.htm>, gelesen am 22.5.2002.

19) Zum Folgenden: Müller, M./Schlicher, M. (2002): „Politische Parteien und Gruppierungen in Ost-Timor“; in: *Indonesien Information* 1/2001; S.22-32; Walsh, P. (April 2001): „East Timor's Political Parties and Groupings. Briefing Notes“; [http://www.acfqa.asn.au/advocacy\\_&\\_policy/East\\_Timor/ET%20Political%20Parties.pdf](http://www.acfqa.asn.au/advocacy_&_policy/East_Timor/ET%20Political%20Parties.pdf), gelesen am 25.5.2002.

zahl der Kandidaten trat für die Souveränität Ost-Timors und für die weitere Demokratisierung ein.

Über 775 000 Personen wurden registriert, mehr als 384 000 waren wahlberechtigt und über 363 000, also ca. 91 Prozent, gingen schließlich zur Wahl. 2500 Polizisten der UN-Verwaltung sowie Hunderte von Wahlbeobachtern sorgten für einen im Großen und Ganzen reibungslosen Ablauf der Wahlen. Außerdem befanden sich Blauhelm-Soldaten in erhöhter Alarmbereitschaft.

Partei	Stimmenanteil in %	Sitze
Fretilin	57,4	43
PD	8,7	7
PSD	8,2	6
ASDT	7,8	6
UDT	2,4	2
PNT	2,2	2
KOTA	2,1	2
PDC	2,0	2
PPT	1,8	2
PST	2,0	1
PL	1,1	1
UDC/PDC	0,7	1
Distriktvertreter*		13

**■ Tabelle 1: Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Ost-Timor vom 30.8.2001**

Quelle: Müller/Schlicher 2002, 22f

\*13 Sitze gehen an die Vertreter der Distrikte, davon 12 an die Fretilin und einer an einen unabhängigen Kandidaten.

Fretilin: Frente Revolucionária do Timor Leste Independente (Revolutionäre Front für ein Unabhängiges Ost-Timor)

PD: Partido Democrata (Demokratische Partei)

PSD: Partido Social Democrata Timor Lorosae (Sozialdemokratische Partei Ost-Timors)

ASDT: Associação Socialdemocrata de Timor (Sozialdemokratische Vereinigung Ost-Timors)

UDT: União Democrática Timorense (Timoresische Demokratische Union)

PNT: Partido Nacionalista Timorense (Timoresische Nationalistische Partei)

KOTA: Klibur Oan Timor Asuwain (Vereinigung der Helden Timors; auch: Söhne der Gebirgskrieger)

PDC: Partido Democrata Cristão (Christlich-Demokratische Partei Timors)

PPT: Partido do Povo de Timor (Volkspartei Timors)

PST: Partido Socialista de Timor (Sozialistische Partei Timors)

PL: Partido Liberal (Liberale Partei)

UDC: União Democrata-Crista de Timor (Christlich-Demokratische Union Timors)

Wahlsiegerin wurde mit 57,4 Prozent die Fretilin, die mit 55 von 88 Sitzen nur knapp eine Zweidrittelmehrheit verpasste. Die Partei gewann aufgrund ihres hohen Ansehens in der Bevölkerung, das sie sich während der indonesischen Besatzung erworben hatte. Die Fretilin, die etwa 150000 Mitglieder haben soll, setzt sich für nationale Einheit, Demokratie und Gewaltverzicht ein. Überraschend konnte die PD zweitstärkste Partei werden. Der PD-Vorsitzende Fernando de Araujo saß sechs Jahre lang im Gefängnis, weil er die studentische Opposition gegen die Besatzer organisiert hatte. Zur PD-Führung gehören viele ehemalige Aktivisten der Studentenbewegung, also der zweiten Generation des Widerstandes gegen das indonesische Militär. Sie haben einen anderen Erfahrungshintergrund als die älteren, noch vom portugiesischen Kolonialismus geprägten politischen Führer. Die Jüngeren wollen z.B. Indonesisch als Nationalsprache durchsetzen.

Die PSD und die ASDT bestehen zum Teil aus ehemaligen Fretilin-Mitgliedern, die eine moderate Alternative bieten möchten (PSD) oder als Kollaborateure (wie Francisco Xavier do Amaral von der ASDT) einstmais die Frente verlassen mussten.

Drei Wochen nach den Parlamentswahlen wurden nach Gesprächen zwischen Sergio Vieira de Mello und einigen Parteiführern die Übergangsregierung ernannt und die 24 Minister vereidigt.<sup>20)</sup> Zur neuen Regierung zählen zehn Fretilin-Mitglieder, drei gehören zur Demokratischen Partei, elf sind unabhängig. Unter diesen 24 sind fünf Frauen. Zwei Ministerposten sind zunächst nicht besetzt worden. Premierminister wurde der Fretilin-Generalsekretär Mari Alkatiri, der zugleich als Minister für Wirtschaft

20) <http://www.un.org/peace/etimor/news/01sep20.htm>,  
gelesen am 24.5.2002.

und Entwicklung fungiert. José Ramos-Horta wurde zum Außenminister ernannt.

Das neu gewählte Parlament einigte sich im November darauf, die ersten Präsidentenwahlen im April stattfinden zu lassen. Der Modus der Präsidentenwahl wurde bis Mitte Januar 2002 festgelegt. Das Parlament, das auch eine neue Verfassung ausarbeitete, beschloss, die staatliche Souveränität am 20. Mai von den Vereinten Nationen an den neuen Staat übergeben zu lassen. Die erste Verfassung Ost-Timors war am 22. März 2002 fertiggestellt.<sup>21)</sup>

Am 14. April 2002 fanden die ersten Präsidentschaftswahlen in Ost-Timor statt. Auch diese Wahl wurde von der „Independent Electoral Commission“ im Auftrag der UNTAET organisiert. Nach dem Urteil der über 2000 nationalen und internationalen Wahlbeobachter war die Abstimmung insoweit frei und fair, als sie den Wählerwillen ausreichend artikulierte.

An den Wahlen beteiligten sich 86,3 Prozent der 439000 Wahlberechtigten. Erwartungsgemäß erhielt Gusmão mit 82,7 Prozent der Stimmen die übergroße Mehrheit. Sein Herausforderer Francisco Xavier do Amaral, Vizepräsident der Verfassunggebenden Versammlung und Vorsitzender der ASDT, kam lediglich auf 17,3 Prozent der Stimmen. Amaral war vor 27 Jahren selbst einmal für wenige Tage Präsident gewesen, er trat jetzt aber nach eigenen Angaben nur an, um den Wählern überhaupt eine Alternative zu präsentieren.

Der eigentliche Machtkampf fand nicht zwischen den beiden Kandidaten, sondern zwischen Gusmão und der Fretilin statt. Gusmão, der Ende der achtziger Jahre diese Partei verließ, will als Präsident ein Gegengewicht zur Fretilin bilden. Er hatte sich von neun kleineren Parteien – und eben nicht von der Fretilin – als Präsidentschaftskandidat aufstellen lassen. Premierminister Mari Alkatiri hatte deswegen sogar geäußert, er wolle die Wahl boykottieren.

Gusmão ist der bedeutendste ost-timoresische Politiker der Gegenwart und am ehesten noch mit Nelson Mandela vergleichbar. Nach der Auflösung des CNRT im Mai 2001 war seine dortige Funktion als Präsident beendet. Er äußerte mehrfach, dass er sich aus der Politik zurückziehen wolle, da er für das Präsidentenamt nicht geeignet sei. Er wolle Jünger

21) Constitution of the Democratic Republic of East Timor; <http://www.etan.org/etanpdf/pdf2/constfnen.pdf>; gelesen am 22.5.2002

den Vortritt lassen. Für viele Ost-Timoresen verkörpert er den jahrzehntelangen Kampf um nationale Unabhängigkeit und repräsentiert einen nicht korrumptierbaren Politikertypus. Zwar hat er als Präsident verfassungsrechtlich nur wenige Befugnisse, aufgrund des starken Rückhaltes in der Bevölkerung und seines Charismas dürfte er aber in den nächsten Jahren die Politik entscheidend mitbestimmen.

Schon wenige Wochen nach der Präsidentenwahl wurde Ost-Timor am 20. Mai 2002 endgültig unabhängig. UN-Generalsekretär Kofi Annan übergab die staatliche Autorität an die ost-timoresische Übergangsregierung. Die Nachfolgeorganisation UNMISET (United Nations Mission of Support in East Timor) wird einige der UNTAET-Programme weiterführen.

Kurz nach Mitternacht wurde Xanana Gusmão offiziell zum ersten Präsidenten proklamiert. Der feierliche Akt fand am westlichen Rand der Hauptstadt Dili statt und hatte mit einer katholischen Freilichtmesse begonnen. Neben den etwa 1000 ausländischen Ehrengästen waren ca. 120000 Ost-Timoresen anwesend. Nach einem riesigen Feuerwerk feierten Tausende bis in die Morgenstunden die Unabhängigkeit ihres Staates.

In den Wochen vor den Feierlichkeiten war es lange Zeit unklar gewesen, ob Megawati Sukarnoputri überhaupt erscheinen würde. Anfang Mai war Xanana Gusmão persönlich nach Jakarta gereist, um die indonesische Präsidentin einzuladen. Megawati erschien letztlich – trotz des innenpolitischen Widerstandes von Militärs und konservativen Politikern – zu einem vierstündigen Besuch. Auf Unverständnis stieß die starke indonesische Militärpräsenz während des Besuches Megawatis. Das TNI-Hauptquartier hatte eine 2000 Mann starke Truppe aus Marine-, Luftwaffe und Heeres-Soldaten aufgestellt. Allein sechs Kriegsschiffe waren nahe Dili stationiert. Sie wurden nach Protesten der ost-timoresischen Regierung abgezogen.<sup>22)</sup>

Die Invasion von 1975 bezeichnete Gusmão als historischen Fehler, der nun Geschichte sei. Ost-Timor wolle Versöhnung. Er besuchte sogar – zusammen mit Megawati – den Seroja-Militärfriedhof, auf dem 700 indonesische Soldaten, die während der Besetzung gestorben waren, beerdigt sind.

22) *Jakarta Post*, 19.5. und 21.5.2002.

## ■ Die prekäre wirtschaftliche Situation

Ost-Timor hat eine Fläche von nur 15 000 km<sup>2</sup> und ist damit etwa so groß wie Schleswig-Holstein. Es hat nach Weltbankangaben 825 000 Einwohner, die meisten von ihnen sind Katholiken (91,4 Prozent), daneben gibt es protestantische (2,6 Prozent), muslimische (0,8 Prozent) und hinduistische (0,7 Prozent) Minderheiten.

Das Land hat heute immer noch keine eigene Industrie, die meisten Bauern betreiben eine Landwirtschaft auf Subsistenzbasis. Nach dem *human development index* liegt Ost-Timor unter 162 Ländern zusammen mit Ruanda auf Platz 152. Etwa 70 Prozent der Bevölkerung sind arbeitslos, und jedes Jahr drängen 20 000 neue Arbeitskräfte auf den Markt.<sup>23)</sup> Die Analphabetenrate liegt bei über 15-Jährigen bei 52 Prozent. Nach Angaben der Weltbank leben 40 Prozent der Bevölkerung unter der nationalen Armutsgrenze von 1,5 US-Dollar pro Tag.<sup>24)</sup>

Die internationalen Geber haben in den letzten zweieinhalb Jahren ca. 2,4 Mrd. US-Dollar in die Verwaltung und den Wiederaufbau des Landes gesteckt.<sup>25)</sup> Wenige Tage vor der Unabhängigkeit wurden dem Land weitere Finanzhilfen in Höhe von 360 Millionen US-Dollar zugesagt. Zusammen mit 81 Millionen US-Dollar aus einem Trust Fund verfügt Ost-Timor jetzt über gut 440 Millionen Dollar. Für das Finanzjahr 2002/2003 rechnet die Regierung mit Einnahmen von 40 Millionen Dollar, hinzu kommen Reserven im Wert von fünf Millionen. Ihnen stehen Ausgaben von 77 Millionen US-Dollar entgegen. 48 Prozent des Haushaltes sind für Ausgaben im Bildungs- und Gesundheitssystem bestimmt.

Zwar hat die Übergangsverwaltung in Ost-Timor sehr viel Geld verschlungen, vieles davon wurde aber für die ausländischen Mitarbeiter ausgegeben. Die UNTAET gab nur etwa ein Prozent ihres Budgets für einheimische Arbeitskräfte aus. Zwar ist eine Reihe von Hotels, Restaurants, Supermärkten etc. aufgebaut worden, diese werden aber nach dem Abzug der ausländischen Fachkräfte kaum überleben können.

In einigen Jahren – so jedenfalls erhofft man es sich in Dili – können die Gas- und Ölvorräte aus der Timorsee exportiert werden. Ost-Timor unterzeichnete

23) Von den 850 UN-Mitarbeitern in Dili werden nur 300 bleiben, das allein wird 1700 Arbeitsplätze in der Hauptstadt kosten.

24) Die Weltbank-Statistiken finden sich unter: <http://In-web18.worldbank.org/eap/eap.nsf/beeca2c8b5bc212785256812004eb9c7/7f8cb82e7ef-cbf4585256903006bd07d?O penDocument#Country%20Overview%20and%20Basic%20Indica>, gelesen am 25.5. 2002.

25) Zum Folgenden: *Neue Zürcher Zeitung*, 7.5.2002.

unmittelbar nach Erlangung der staatlichen Unabhängigkeit einen Vertrag, in dem die Teilung dieser Vorkommen mit Australien festgelegt ist. Premierminister Mari Alkatiri betonte, dass die Verhandlungen über das Seegebiet weitergeführt würden.

In der Timor-See gibt es mehrere Ölfelder. Das Bayu-Udan-Öl- und Gasfeld soll Ost-Timor in den nächsten 17 Jahren Einnahmen von etwa fünf Milliarden US-Dollar bescheren. Momentan gibt es heftige Auseinandersetzungen um das Gebiet „Greater Sunrise“, das Gewinne in zweistelliger Milliardenhöhe verspricht. Allerdings ist die Grenzlinie zwischen Australien und Ost-Timor noch nicht endgültig gezogen. Die australische Regierung hat am 25. März sogar bekannt gegeben, die Entscheide des Internationalen Gerichtshofes in dieser Sache nicht anzuerkennen zu wollen.<sup>26)</sup>

26) Vgl.: <http://www.guardian.co.uk/indonesia/Story/0,2763,718604,00.html>, gelesen am 24.5.2002.

27) Vgl.: La'o Hamutuk Bulletin, Vol. 2, No. 1-2.

Zwar ist also mit erheblichen Einnahmen aus dem Erdöl-/Erdgasgeschäft zu rechnen, aber noch sind die Zerstörungen der Infrastruktur nicht behoben. Es gibt mittlerweile Radio- und Fernsehstationen (zumindest in Dili), aber die Versorgung mit Telefonen und mit Strom ist unzureichend. Nach Angaben der Nationalen Planungskommission haben nur 20 Prozent der Einwohner Zugang zu fließendem Wasser.<sup>27)</sup> Stromausfälle sind selbst in den Städten keine Seltenheit, viele Dörfer sind noch nicht ans Stromnetz angeschlossen. Die Straßen sind besonders während der Regenzeit in einem schlechten Zustand. Ein weiteres Problem ist die Exklave Oecussi, die in West-Timor liegt, aber zum neuen Staat Ost-Timor gehört. Eine Fährverbindung konnte bis heute nicht hergestellt werden.

Auch die medizinische Versorgung ist bei weitem nicht ausreichend. Vor allem in ländlichen Bereichen besteht eine akute Unterversorgung mit Ärzten und Medikamenten. Im Bildungssystem stellt eine der größten Herausforderungen der Mangel an Lehrkräften dar. Während der indonesischen Besatzung waren die meisten Lehrer aus Indonesien gekommen. Da Ost-Timorensen in diesem Sektor keine Karrierechancen hatten, studierten nur sehr wenige Lehramtsfächer.

Noch immer sind nicht alle Flüchtlinge aus West-Timor zurückgekehrt. Eine Ursache dafür war die mangelnde Kooperationsbereitschaft der indonesi-

schen Regierung. Allerdings verdoppelten sich gegen Ende des Jahres 2001 die Rückkehrerzahlen aufgrund des sich abzeichnenden friedlichen Übergangs zur staatlichen Unabhängigkeit und Demokratie in Ost-Timor. Schätzungen zufolge beabsichtigen etwa 40 000 der noch verbliebenen 55 000 Flüchtlinge, in ihre Heimat zurückzukehren. Allerdings gibt es Befürchtungen, dass sich aufgrund der schwindenden Präsenz von UNHCR- und IOM-Mitarbeitern die Situation in den Lagern verschlimmern könnte.

## ■ Konsolidierung der Demokratie?

Am 10.5.2002 hielt Sergio Vieira de Mello, der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs und UNTAET-Chef, vor der Verfassunggebenden Versammlung Ost-Timors eine Rede, in der er eine Bilanz der vergangenen 31 Monate zog.<sup>28)</sup> Er hob naturgemäß vor allem die Leistungen der UNTAET hervor. Dazu zählen – so de Mello – die Durchführung mehrerer, bemerkenswert transparenter und fairer Wahlen und die Formierung eines Ministerrates. Radio UNTAET und Televizaun Timor Lorosa'e hätten die Wähler hervorragend informiert. Das vormals vollkommen unterentwickelte Rechtssystem – es fehlte an Richtern, Staatsanwälten und Verteidigern – sei nun auf die kommenden Aufgaben vorbereitet.

Beim Aufbau demokratischer Institutionen, aber auch bei der Herstellung der inneren Sicherheit sind die Resultate in der Tat ermutigend. Ost-Timor hat eine an westlichen Vorbildern orientierte, sehr fortschrittliche Verfassung und ein frei gewähltes Parlament. Auch gibt es einen – wenn auch schwachen – zivilgesellschaftlichen Unterbau dieser Institutionen. Die meisten Bürger bekennen sich zu den grundlegenden demokratischen Werten und Spielregeln.<sup>29)</sup> Insbesondere außerhalb Dilis fungiert die katholische Kirche auch als Interessenorganisation der „kleinen Leute“. Daneben könnten Nicht-Regierungs-Organisationen für die Demokratisierung von großer Bedeutung sein. In der Übergangsphase entstanden unzählige dieser NGOs, von denen letztes Jahr 197 im „East Timor National NGO Forum“, einer Koordinierungsstelle für nationale und internationale Nicht-Regierungs-Organisationen, registriert waren. Darüber hinaus hat der jahrzehntelange Kampf gegen

28) BBC-Email, 14.5.02.

29) Siehe dazu die Darstellung des Meinungsbildes durch das National Democratic Institute (2001): „Timor Loro Sa' is our nation.“ A report on focus group discussions in East Timor (March 2001); <http://www.pcug.org.au/~wildwood/01aprnation.htm>, gelesen am 26.5.2002.

die indonesischen Besatzer die einheimische Bevölkerung zusammengeschweißt und ein sehr starkes Nationalgefühl entstehen lassen.

Trotzdem dürfte sich die Demokratisierung Ost-Timors in den kommenden Jahren als außerordentlich schwierig erweisen. Die jetzt geschaffenen demokratischen Institutionen könnten sogar wieder ausgehöhlt werden. Dafür sprechen mehrere Gründe:

- Die Fretilin kann momentan aufgrund ihres Wahlsieges und der damit verbundenen 55 Parlamentssitze von den Oppositionsparteien kaum effektiv kontrolliert werden. Auch die zivile Verwaltung, die Polizei und die Streitkräfte könnten schon bald von der Fretilin dominiert werden.
- Es ist möglich, dass Milizen – eventuell mit Unterstützung von Teilen des indonesischen Militärs – versuchen, die politische Lage zu destabilisieren.
- Es ist sehr fraglich, ob die NGOs und die katholische Kirche in der Lage sein werden, eine lebendige Bürgerkultur entstehen zu lassen.
- Die größte Gefahr für die Demokratie ist aber die wirtschaftliche Unterentwicklung und die Abhängigkeit von wenigen Exportprodukten. Ost-Timor droht, zu einem typischen Rentierstaat zu werden. In solchen Staaten leben die Eliten von hohen Erdöleinkünften (also von Einkommen, die keine großen Anstrengungen verlangen) und müssen auf die Interessen der Bevölkerung, also etwa der Steuerzahler, kaum Rücksicht nehmen.<sup>30)</sup> Für diese Eliten wird die Versuchung groß sein, den Kuchen unter sich aufzuteilen. Und die neu entstehende Mittelschicht, die als wichtigste Stütze der Demokratie gilt, wird auf staatliche Kredite, Aufträge und Lizenzen angewiesen sein.

Eine solche Entwicklung könnte am ehesten noch verhindert werden, wenn die vorhandenen zivilgesellschaftlichen Strukturen – vor allem durch ausländische Hilfen – gestärkt würden, und wenn der Prozess der Demokratisierung in Ost-Timor auch weiterhin international unterstützend begleitet würde.

30) Pawelka, P. (1991): „Der Irak als „Rentierstaat“; in: *Die Golfregion in der Weltpolitik*; (Red.: Pawelka, P. et al.); Stuttgart, Berlin, Köln; S.109–143.